

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

26-28473-01

Antrag
(öffentlich)

Betreff:

Dem Baumverlust entgegenwirken – Nachpflanzungen finanziell absichern

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

03.03.2026

Beratungsfolge:

Umwelt- und Grünflächenausschuss (Vorberatung)
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

04.03.2026
06.03.2026

Status

Ö
N

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob Mittel zur Nachpflanzung der gefälltten Bäume im Stadtgebiet aus vorhandenen Haushaltsresten oder durch Umschichtungen innerhalb der Haushaltsansätze bereitgestellt werden können. Das Ergebnis der Prüfung ist dem UGA zeitnah mitzuteilen.

Sachverhalt:

Die Verwaltung hat dem Umwelt- und Grünflächenausschuss (UGA) eine „Gesamtbilanz Nachpflanzungen im Jahr 2025 bezogen auf Baumfällungen 2024“ (Drs. 26-28276) vorgelegt. Danach mussten im Jahr 2024 insgesamt 682 Bäume gefällt werden, von denen im Jahr 2025 bislang lediglich 424 nachgepflanzt werden konnten. Damit setzt sich ein Trend fort, den man mit Sorge betrachten muss: Es gehen jährlich mehr Bäume verloren, als ersetzt werden können. In Jahren, in denen Extremwetterereignisse (z. B. Dürreperioden oder Stürme) auftraten, ist die Differenz zwischen abgängigen Bäumen und Nachpflanzungen sogar noch größer als hier dargelegt.

Dabei sind Bäume mittel- bis langfristig der effektivste Schutz gegen die Folgen des Klimawandels. Sie kühlen die Luft gerade in den hoch verdichteten Wohnquartieren durch Schatten und Verdunstung und tragen somit zu einem guten Mikroklima bei. Darüber hinaus leisten sie – bei Wahl geeigneter Bäume – quasi nebenbei einen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt und zur Steigerung der Biodiversität in der Stadt.

Jeder Euro, der in die Nachpflanzung von Bäumen investiert wird, macht uns zukunftsfester. Es ist jetzt Zeit zu handeln, damit die heute gepflanzten Bäumen die nötige Zeit haben, um ihre volle Wirkung entfalten zu können und dem Klimawandel entgegenzuwirken.

Der Änderungsantrag ist wortgleich zum Ursprungsantrag. Die CDU-Fraktion ist dem Antrag beigetreten. Dieser Änderungsantrag ersetzt den Ursprungsantrag (Drs. 26-28473).

Anlage/n:

keine